

Drucken
Regensburg

Staatsanwaltschaft ermittelt: SPD-Ortsverein erhielt 600.000 Euro-Spende

Donnerstag, 30.06.2016, 17:07

Die Regensburger Staatsanwaltschaft ermittelt gegen einen kleinen Ortsverein der SPD. Dieser hat seit 2013 mehr als 600.000 Euro an Spenden aus der Immobilienwirtschaft erhalten. Das Geld soll gestückelt geflossen sein. Auch die Bundestagsverwaltung hat sich mittlerweile eingeschaltet.

Bei den großzügigen Spendern soll es sich einem Bericht der Internetseite "abgeordnetenwatch.de" zufolge um drei Immobilienunternehmen aus Regensburg handeln. Es wird spekuliert, dass das Geld für den ungewöhnlich teuren Wahlkampf des Regensburger Oberbürgermeisters Joachim Wolbergs verwendet worden ist.

Dieser soll mehr als 800.000 Euro gekostet haben. So könnte sich [der SPD](#)-Politiker also einen Vorteil gegenüber seinen Mitbewerbern im Kampf um das Amt des Oberbürgermeisters verschafft haben.

Alle möglichen Geldflüsse werden untersucht

Mitte Juni hat die Staatsanwaltschaft Regensburg deshalb ein Ermittlungsverfahren wegen Vorteilsgewährung eingeleitet. Die Geschäfts- und Privaträume der betreffenden Spender wurden durchsucht. Gegen den Oberbürgermeister, der seine Unschuld beteuert, wird ebenfalls ermittelt.

Gegenüber "abgeordnetenwatch.de" erklärte Oberstaatsanwalt Theo Ziegler, dass die Staatsanwaltschaft "grundsätzlich den gesamten Komplex" untersuche. Man beleuchte nicht nur die Spenden, sondern auch mögliche andere Geldeinflüsse, wie zum Beispiel Zahlungen im Rahmen von Politsponsoring.

Ortsverein erhielt die Spende gestückelt

Laut der Staatsanwaltschaft soll die ungewöhnlich hohe Geldsumme gestückelt gespendet worden sein. So erhielt der Ortsverein zahlreiche Einzelbeträge unter 10.000 Euro.

Auf diesem Wege lassen sich hohe Geldspenden verbergen. Parteien müssen nämlich er ab einer Spende in Höhe von 10.000 Euro offenlegen, von wem das Geld stammt.

Landesschatzmeister fielen hohe Zahlungen auf

Der Regensburger Parteispendenskandal hat inzwischen auch die Bundesverwaltung auf den Plan gerufen. Ein Sprecher des Parlaments bestätigte, „dass der Vorgang von der Bundestagsverwaltung aufgegriffen wird.“ Zunächst soll aber das Ermittlungsverfahren abgewartet werden. In diesem soll festgestellt werde, ob der Tatbestand einer Einflussspende erfüllt worden sei.

Die Großspende kam im Übrigen nur zufällig ans Licht: Dem Landesschatzmeister der Bayern-SPD, welcher als Staatsanwalt arbeitet, waren die ungewöhnlich hohen Zahlungen aufgefallen.

Im Video: Mecklenburg-Vorpommern: Prognose: SPD stürzt ab und AfD wird drittstärkste Kraft

br

© FOCUS Online 1996-2016

Drucken

Fotocredits:

dpa/Federico Gambarini

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.